

Vertiliches und Sächsisches.

Miela, den 8. Oktober 1928.

Wettervorhersage für den 4. Oktober. Mittels der von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Wetter bis morgen. Regen. In den Morgen- und Abendstunden Regenwolke neblig. Nachts soll die zu Frost. Tagüber wärmer als heute. Weitere Windveränderungen.

Daten für den 4. Oktober 1928. Sonnenaufgang 6.08 Uhr. Sonnenuntergang 17.32 Uhr. Windausgang 20.18 Uhr. Monduntergang 12.34 Uhr.

1515: Der Maler Lukas Cranach d. J. in Wittenberg geb. (gest. 1586);
1669: Der Moler Rembrandt in Amsterdam geboren, (geb. 1606);
1865: Der Schriftsteller Max Halbe in Gattolau (Westerzügen geboren).

„Graf Zeppelin“ in Meiße gut gefichtet.

Wie überall im Deutschen Reich, so verfolgte man auch in unserer Stadt und deren näherer Umgebung in diesen Tagen mit großer Aufmerksamkeit die Meldungen über die Reise des Grafen Zeppelin. In den Morgen- und Abendstunden Regenwolke neblig. Nachts soll die zu Frost. Tagüber wärmer als heute. Weitere Windveränderungen. Der Graf Zeppelin ist in der Nähe von Meiße angekommen. Die Besatzung ist durch die Wetterverhältnisse gezwungen worden, die Reise abzubrechen. Der Graf Zeppelin ist in der Nähe von Meiße angekommen. Die Besatzung ist durch die Wetterverhältnisse gezwungen worden, die Reise abzubrechen.

Es ist gelungen, den Flug des „Graf Zeppelin“ über Meiße zu verfolgen. Die Maschine ist in der Nähe von Meiße angekommen. Die Besatzung ist durch die Wetterverhältnisse gezwungen worden, die Reise abzubrechen.

Ehrung zur Silberhochzeit. Aus Anlaß der vor kurzem festgestellten Silberhochzeit des Herrn Studienten Hans Schönbaum und seiner Frau Emma in Meißener Stadt wurde ein Festprogramm zusammengestellt. Die Ehrung wird am nächsten Sonntag im Saal des Hotels „Post“ stattfinden. Die Gäste werden um 8 Uhr eintreffen.

Chorverein. Wir werden gebeten, die an der „Schöpfung“ beteiligten Sängerinnen und Sängern am Donnerstag, den 4. Oktober, um 8 Uhr im Saal des Hotels „Post“ zu erscheinen.

Vortragabend. Es sei nochmals auf den morgen Donnerstag, den 4. Oktober, um 8 Uhr im Saal des Hotels „Post“ stattfindenden Vortragabend hingewiesen. Der Vortrag wird von Herrn Dr. Schmidt gehalten.

Vom Festkomitee am Sonntag anläßlich des Ganges von 37 Dresdener D.M. haben wir verschiedene Aufgaben angefertigt. Die gewonnenen Bilder können in einem der Schaufenster an unserer Geschäftsstelle bestellt werden.

Ermäßigung bei Kraftpostfahrten. Auf den Kraftpostlinien von Döbeln nach Lommatzsch und Rügeln (Heute) werden verkehrswise Arbeiterwochenfahrten - das sind solche für Erwerbstätige bei Fahrten zu und von der Arbeitsstätte - mit 50 v. H. Ermäßigung ausgeben. Die Einrichtungsliste ist im Bureau der Verkehrsverwaltung zu erhalten.

Kleinerung in der Uniformierung der Landespolizeibeamten. Seit 1. Oktober tragen die Beamten des Dresdener Polizeipräsidiums im Dienst an ihren bekannten ehemaligen Schützen bzw. Jagden ohne an der Vorderseite einen großen verbliebenen sog. Garbstein, der in seinem Mittelpunkt das sächsische Staatswappen in bunter Emaille zeigt.

Die vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegte Gewerkerliste ist laut „Voll. Zeitung“ an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat gelangt und wird voraussichtlich in den ersten Oktobertagen von dem vereinigten Ausschüssen des Reichswirtschaftsrats in Bearbeitung genommen werden.

Vornachrichtungen für den Schulverkehr. Die Nachsendung der Briefpost für den Schulverkehr Berlin findet im Monat Oktober vom Reichswirtschaftsministerium am 1. Oktober nach London und Berlin am

10., 15., 16., 17. und 18. Oktober und nach Karachi (Britisch-Indien) am 23., 24., 30. und 31. Oktober.

Abfertigung der Reisenden. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion Dresden teilt mit: Die Abfertigung der Reisenden von den Verkehrsstellen in Deutschland nach der Tschechoslowakei und von Tschechoslowakei nach Deutschland wird in der Regel durch den Postboten der Eisenbahn, werden darauf aufmerksam gemacht, dass die Abfertigung für ein Jahr ohne den Reisepass nicht ausbleiben darf. Die Erneuerung des Reisepasses ist für ein Jahr ohne den Reisepass nicht ausbleiben darf.

Ein Volksbegehren? In Volksbegehren besteht die Möglichkeit, die Interessen der Bevölkerung im Reichstag zu vertreten. Ein Volksbegehren ist ein schriftliches Petitionsgesuch, das von mindestens 100 000 Wahlberechtigten unterschrieben sein muß. Es wird dem Reichstag vorgelegt und kann dort in Erwägung gezogen werden.

Weniger Abgeordnete in Sachsen? Das sächsische Abgeordnetenhaus hat sich mit der Frage der Verringerung der Abgeordneten in Sachsen beschäftigt. Es wird über die Möglichkeit der Verringerung von 24 auf 20 Abgeordnete diskutiert.

Reine Tarifbindung in der sächsischen Textilindustrie. Die Tarifbindung in der Textilindustrie wird diskutiert. Es wird über die Möglichkeit der Einführung einer reinen Tarifbindung in der sächsischen Textilindustrie gesprochen.

Mundartenforschung in Sachsen. Die Mundartenforschung in Sachsen wird gefördert. Es wird über die Mundarten in Sachsen berichtet. Die Mundartenforschung hat gezeigt, dass die Mundarten in Sachsen sehr verschieden sind.

Zusammenkunft der Automobilreparaturer. Die Automobilreparaturer haben eine Zusammenkunft abgehalten. Es wurden die Interessen der Automobilreparaturer im Reichstag vertreten.

Beschränkte Dienstreise im Wirtschaftswissenschaften. Die Dienstreise im Wirtschaftswissenschaften wird beschränkt. Es werden die Beschränkungen bei Dienstreisen im Wirtschaftswissenschaften diskutiert.

Berordnung über Stob, Dieb, Stob, Stob und Schlagwaffen. Die Berordnung über Stob, Dieb, Stob, Stob und Schlagwaffen wird diskutiert. Es werden die Bestimmungen der Berordnung über Stob, Dieb, Stob, Stob und Schlagwaffen dargestellt.

Wendungen der Prüfungskommission. Die Wendungen der Prüfungskommission werden diskutiert. Es werden die Bestimmungen der Prüfungskommission dargestellt.

Spernung in der Sächsischen Postverwaltung. Die Spernung in der Sächsischen Postverwaltung wird diskutiert. Es werden die Bestimmungen der Spernung in der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Die Sächsischen Postverwaltung wird reorganisiert. Es werden die Bestimmungen der Reorganisation der Sächsischen Postverwaltung dargestellt.

Dresden. Ein Goldstück angeklagt. Eine auf der Dinglingerstraße wohnende Witwe wohnt mit zwei Kindern in einem kleinen Hause. Die Wohnung ist sehr klein und die Kinder sind sehr unruhig. Die Mutter hat die Kinder in die Straße mitgenommen, die mit den Kindern verfahren ist. Der Verdacht liegt auf drei jungen Kindern, die aus der Unterwelt kommen. Die Tat wurde ihnen zunächst nicht nachgewiesen. Im Verlaufe der weiteren Ermittlungen sind die Kinder verhaftet worden. Die Kinder sind in der Wohnung der Mutter verhaftet worden. Die Kinder sind in der Wohnung der Mutter verhaftet worden.

Dresden. Jährliche Wohnungsverhältnisse vor Gericht. Wegen gemeinschaftlicher Angelegenheiten der Eheleute und rufschädigender Äußerungen hat sich am Dienstag eine Klemmerbesetzung des Justizamtes in Dresden abgehalten. Die vier Angeklagten wohnen im Stadtteil Dresden-Cotta. Seit einigen Jahren wohnen sie in dem betreffenden Hause ganz abseits. Schon hier kam es zu erheblichen Streitigkeiten. Am 10. Juni erfolgte wieder eine solche Entladung, in deren Verlaufe ein anderer Mitbewohner Stelle von der Frau Dippold, deren Sohn und Tochter ordentlich verprügelt wurde, das er bestimmungslos nach seiner Wohnung gebracht werden sollte. Der Sohn Dippold erhielt sechs Wochen, eine Schwester drei Wochen, die Mutter acht Tage und die zweite Tochter sechs Tage Gefängnis auferlegt; weiter wurden die Angeklagten wegen rufschädigender Äußerungen zu 15 resp. 7 Mark Geldstrafe verurteilt.

Dresden. Schwere Bluttat eines Geisteskranken. Im Stadtteil Dresden-Blasewitz trug sich am Dienstag im Grundstück Regerstraße 22 eine entsetzliche Bluttat zu. Dort wohnte ein 57 Jahre alter Schlosser und Jüngling Josef Schwarzbrenn. Vor vierzehn Tagen erlitt dessen Ehefrau einen Schlaganfall, weshalb sie nach der Heil- und Pflegeanstalt transportiert werden mußte. Beim Gehen zeigten sich in den letzten Wochen Spuren von geistiger Schwäche. Seitens des Pfarrorgans der Stadt Dresden wurde ihm seitens des Pfarrorgans eine solche Entladung, in deren Verlaufe ein anderer Mitbewohner Stelle von der Frau Dippold, deren Sohn und Tochter ordentlich verprügelt wurde, das er bestimmungslos nach seiner Wohnung gebracht werden sollte. Der Sohn Dippold erhielt sechs Wochen, eine Schwester drei Wochen, die Mutter acht Tage und die zweite Tochter sechs Tage Gefängnis auferlegt; weiter wurden die Angeklagten wegen rufschädigender Äußerungen zu 15 resp. 7 Mark Geldstrafe verurteilt.

Dresden. Von der Kriminalpolizei festgenommen. Von der Kriminalpolizei festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben wurde eine auf der Brunnstraße wohnende 49 Jahre alte Frau. Sie gab an, in den letzten Jahren in etwa 800 Fällen bei Frauen und Mädchen verbotene Einriffe vorgenommen zu haben. Ihre Verbrechen erstreckten sich nicht nur auf Dresden, sondern auf ganz Sachsen. In den meisten Fällen ließ sie sich für ihre Arbeit 50 Mk. bezahlen. Bei der Durchsicht ihrer Wohnung wurden Instrumente und Medikamente vorgefunden.

Radeburg. Umwandlung zum Tagelohn. Der Radeburger Anzeiger, der bisher drei Mal wöchentlich zur Ausgabe gelangt, erscheint seit dem 1. Oktober täglich. Der Anzeiger ist ein 25 Jahre altes Blatt, das von dem Radeburger Anzeiger vertrieben wird. Am gestrigen Tage konnte das Radeburger Anzeiger auf eine 25 jährige Jubiläum als Krankenhausverwalter und Krankenpfleger zurückblicken. Dem außerordentlich pflichttreuen Jubelpaar wurde in Anwesenheit der Parteimitglieder und der Beamten durch Bürgermeister Lehmann der Dank der Stadt sowie eine Ehrennadel überreicht.

Rönigsbrunn. Panné eines staatlichen Kraftomnibusses. Der staatliche Kraftomnibus der Linie Dresden-Rönigsbrunn kamens dieses Montag infolge eines Defektes auf der Staatsstraße zwischen Rönigsbrunn und Rönigsbrunn liegen, so daß die Fahrgäste aussteigen und zu Fuß nach Rönigsbrunn wandern mußten. Der sofort aus Dresden angeforderte Ersatzwagen traf nach Verlauf einer Stunde ein, so daß die Fahrgäste dann ihre Fahrt fortsetzen konnten.

Rauen. Schadenfeuer. Ein großes Schadenfeuer entbrach gestern vormittag in der 11. Stunde in der mit Getreide gefüllten Scheune des Gutsbesizers Augustin in Niederderwitz. Das derbegeilten Weizen gelang es glücklich zu retten, das in der Höhe stehende Strohdach, das gleichfalls schon Feuer gefangen hatte, zu retten, während die große Scheune mit allen Entenscheunen und Maschinen bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte. Der Besitzer befand sich zur Zeit des Brandausbruches mit seiner Familie und allen Angehörigen auf dem Hof. Glücklicherweise zweier Motorpumpen waren insgesamt 6 Spritzen am Brandplatz erschienen.

Sachsen. Diamanten Diebstahl. Der Insassenrentner August Hermann Reichs und seine Ehefrau konnten die Diamanten Diebstahl feiern.

Schlagwunde. Die kleine Witwe Maria der Stadt, Frau Eleonore Kappel, ist im Alter von nahezu 98 Jahren gestorben.

Ritzau. Einer der ältesten Einwohner der Stadt, der frühere Konditor Eduard Conrad, starb am Sonntag seinen 90. Geburtstag.

Ritzau. Schneefall im Lausitzer Gebirge. Schernacht vor die Temperatur im Lausitzer Gebirge so stark gesunken, daß er seit einigen Tagen eingetragene Schnee in den höheren Lagen als Schnee niederging. Am Montag erglänzte der ganze Schneefeld der Lausitzer Gebirge in der Winterkleidung. Am Abend wiederholte sich der Schneefall.

Freiberg. Im Anlauf an die Abblühungen der landwirtschaftlichen Schule in Urol. Dr. Reichardt von seiner Stellung als Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Urol. Dr. Reichardt von seiner Stellung als Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Urol. Dr. Reichardt von seiner Stellung als Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Urol.

Leipzig. Gefährliche Ladung durch eine Automobilistin. Die Kaufmannsweibchen Olga Meier in Radeburg hat sich am 11. Dezember 1927 vor der Strafkammer beim Landgericht Radeburg II wegen gefährlicher Ladung zu verantworten, weil sie am 8. Mai 1927 auf der Staatsstraße Radeburg-Saueritz-Golitzsch-Regenitz an einer bestimmten Stelle in dem Augenblick ein in der Richtung laufendes Auto überfahren wollte, als zwei Kinder und

der entgegengekehrten Richtung liefen. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen dem Wagen und dem Auto und einem der Kinder wurde dabei durch die schweren Verletzungen erlitten, die es am folgenden Tage im Krankenhaus verstarb. Die Automobilistin wurde wegen Fahrlässigkeit im Straßenverkehr verurteilt. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu einer Geldstrafe von 100 Mark, falls sie nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist die Kosten des Verfahrens bezahlt. Das Urteil wurde am 1. Januar 1928 verkündet. Der Senat begründete dies damit, daß die Angeklagte von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Die Verantwortung für den Unfall lag bei der Angeklagten, die an bestimmten Stellen ein Übersehen nicht hätte haben dürfen. Es liegt also keine Überforderung vor, wenn man annimmt, daß die Angeklagte den Bestimmungen gewissermaßen gehorcht habe. Daraus ergab sich die Unmöglichkeit des feststehenden Urteils und seine Aufhebung in vollem Umfang.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Radefeld. Der Raubmord bei Radefeld. Die Leiche einer 15 Jahre alten Tochter des Wirtes am Sonntag im Radefeld bei Leipzig nahe der preussisch-sächsischen Grenze zwischen den Orten Radeburg und Radefeld vermisst wurde. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst. Die Leiche wurde in der Nähe der Radeburg vermisst.

Finanz- und Wirtschaftsinstitut zusammen für Besetzung und Erhaltung 3500 Mark gestiftet habe. Die Besetzung des Finanzinstituts, der auch die Erhaltung von Ehrenmitgliedern obliegt, hat dem Gründer und langjährig ersten Vorsitzenden des Vereins Dr. Richter wurde am Sonntag nach einem Festgottesdienst in der St. Wolfgangskirche ein Gebetsheft eingeweiht. Am Montag wurde auf dem Fichtelberg, der bereits im weißen Winterkleid prangte, durch Herr Richter der Weisheit an dem Ehrenmal für die im Kriege gefallenen Mitglieder des Erziehungsvereins vollzogen. Nach Niederlegung eines Ehrenkränzes übernahm Herr Richter das Wort an die Gäste der Festveranstaltung.

Penitz. Die Katakomben von Penitz. Die Erschließung der Katakomben in Penitz - so schreibt das Sächs. Ztbl. - lenkt seitens der allgemeinen Aufmerksamkeit auf die kleine Gemeinde im sächsischen Vogtlande. Nun kommt von deutschen Forschern die Kunde, daß die in Penitz vorhandenen Katakomben, die für die Ortseingewohnten eine Selbstverständlichkeit bedeuten, einzigartig in Deutschland bestehen und in ihrem Aufbau, ihrer Beschaffenheit und Ausdehnung von mehr als 1000 Meter den Katakomben Roms gleichen. Merkwürdig berührt es, daß dem unterirdischen Labyrinth bisher nicht das Interesse entgegengebracht worden ist, das es eigentlich verdient hätte. Erst dem auch als Höhlenforscher bekannten Heimatforscher Berger ist es zu danken, daß die Öffentlichkeit auf die Gänge, die ansehnlich aus dem 18. Jahrhundert stammen und ihren vollständigen Ausbau bis zu den Luftkriegen zurückführen können, hingewiesen wurde. In Verbindung mit Diplomingenieur Knecht-Götschen und Studienrat Dr. Kautschke wurde eine eingehende Vermessung und Unterirdung der Katakomben vorgenommen. Doch auch sie brachten kein greifbares Resultat über Alter und Bestehen der Anlagen; besondere Anhaltspunkte (Gräber usw.) gibt es nicht. Ueberall, wohin man blickt, herrscht Dunkel. Auch das Hauptkatakomben in Dresden vermag seine Auskunft über die Katakomben zu geben. Dort man den Verfall der Katakomben glauben, so ist die bisher erschlossene Anlage erst ein Viertel der Katakomben. Gänge haben noch unter Wasser, Aufschutungsarbeiten verfallener Gänge müssen vorgenommen werden. Wie sie sich dann auch die wissenschaftliche Kunde stellt, vermag noch nicht gesagt zu werden. Vorläufig steht man vor dem Labyrinth als einem ungelösten Problem.

Leipzig. Nicht tritt der Tod den Menschen an. Als am Montag vormittag im Rathaus der Jubelide Drehel seine Rente in Empfang nehmen wollte und auch dafür auslieferte, fiel er plötzlich tot zu Boden. - Fast um die gleiche Zeit wurde auf dem Kathauspforte der Bergstraße ein Mann, der ebenfalls kurz vorher seine Rente in Empfang genommen hatte, von demselben Schicksal ereilt. In beiden Fällen liegt Tod durch Herzschlag vor.

Leipzig. Tod eines 15-jährigen Kindes. In Leutzschdorf geriet die 15-jährige Tochter des Wirtes in einer Kammerkammer Leutzschdorf Andrej Schmidt bei Reinigungsarbeiten in das Getriebe, wobei ihr der Brustkorb eingedrückt wurde. Der Tod trat sofort ein.

Leipzig. Jubiläum der Gewerkschaften. Aus Anlaß des 100-jährigen Bestehens der Gewerkschaften in Leipzig land gestern ein Festakt in Gegenwart zahlreicher Ehrengäste statt, bei dem der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Adolf Förster die Begrüßungsansprache hielt. Oberstudienrat Weidmann hielt die Festrede, in der er einen interessanten Rückblick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung gab. Oberstudienrat Dr. Allen sprach der Schule die Anerkennung der Sächsischen Regierung aus, überreichte dem Oberstudienrat Weidmann eine Ehrenurkunde und teilte mit, daß die Regierung eine Adolfförderung erteilt, die als Grundkapital 5000 Mark dem Institut habe zur Unterstützung bedürftiger Schüler. Weitere 5000 Mark seien zur Vermehrung der Lehrkräfte bewilligt worden. Die Festrede sprachten ferner Oberbürgermeister Dr. Dohls, der namens der Stadt Leipzig ebenfalls 1500 Mark zur Verfügung stellte, Dr. Hübner für die Gewerkschaften und den Verband Sächsischer Industrieller. Adolf Förster dankte im bewegten Worten für die zahlreichen Ehrungen.

Leipzig. Die Rentnerin Frau v. B. starb. Die Rentnerin Frau v. B. starb am Sonntag im Alter von 90 Jahren.

Leipzig. Schadenfeuer. In Unter-Roskau brach gestern mittag in dem Anwesen der Gutsbesizerin Oetzig ein Schadenfeuer aus, durch das die Scheune und das Stallgebäude eingedacht wurden. Das Feuer griff auch auf das Gebälk des Wohnhauses über und über das Gebälk ein großes Stallgebäude vollständig ein. Der Schaden ist beträchtlich. Der Brand dürfte durch Kinder verursacht worden sein, die mit Streichhölzern spielten.

Leipzig. Nicht auf den laufenden Zug aufspringen. In der Nacht zum Montag wollte der Handcarante Berner Meyer auf dem Bahnhof Hauptbahnhof in Leipzig auf den laufenden Zug aufspringen. Dabei rutschte er aus und geriet unter die Räder. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus Leipzig starb.

Leipzig. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich Montag abend gegen 8 Uhr in Radeburg. Der beim Gutsbesizer Drese im Dienst stehende Arbeiter Wilhelm Schmidt war auf dem Felde mit dem Aufhaken von Kartoffelstücken beschäftigt. Während er die Pferde an und schob kam er auf noch ganz unangelegter Weise so unglücklich zu Fall, daß er vom Hinterrad des noch laufenden Wagens erfasst wurde. Das Rad ging ihm über den Kopf und über den Hals, wodurch die Wirbelsäule durch und der Tod sofort eintrat.

Leipzig. Die Katakomben von Penitz. Die Erschließung der Katakomben in Penitz - so schreibt das Sächs. Ztbl. - lenkt seitens der allgemeinen Aufmerksamkeit auf die kleine Gemeinde im sächsischen Vogtlande. Nun kommt von deutschen Forschern die Kunde, daß die in Penitz vorhandenen Katakomben, die für die Ortseingewohnten eine Selbstverständlichkeit bedeuten, einzigartig in Deutschland bestehen und in ihrem Aufbau, ihrer Beschaffenheit und Ausdehnung von mehr als 1000 Meter den Katakomben Roms gleichen. Merkwürdig berührt es, daß dem unterirdischen Labyrinth bisher nicht das Interesse entgegengebracht worden ist, das es eigentlich verdient hätte. Erst dem auch als Höhlenforscher bekannten Heimatforscher Berger ist es zu danken, daß die Öffentlichkeit auf die Gänge, die ansehnlich aus dem 18. Jahrhundert stammen und ihren vollständigen Ausbau bis zu den Luftkriegen zurückführen können, hingewiesen wurde. In Verbindung mit Diplomingenieur Knecht-Götschen und Studienrat Dr. Kautschke wurde eine eingehende Vermessung und Unterirdung der Katakomben vorgenommen. Doch auch sie brachten kein greifbares Resultat über Alter und Bestehen der Anlagen; besondere Anhaltspunkte (Gräber usw.) gibt es nicht. Ueberall, wohin man blickt, herrscht Dunkel. Auch das Hauptkatakomben in Dresden vermag seine Auskunft über die Katakomben zu geben. Dort man den Verfall der Katakomben glauben, so ist die bisher erschlossene Anlage erst ein Viertel der Katakomben. Gänge haben noch unter Wasser, Aufschutungsarbeiten verfallener Gänge müssen vorgenommen werden. Wie sie sich dann auch die wissenschaftliche Kunde stellt, vermag noch nicht gesagt zu werden. Vorläufig steht man vor dem Labyrinth als einem ungelösten Problem.

Leipzig. Ein ganzes Familien im Auto verliert. Die Familie des Beamten Ringer in Leipzig fuhr im Auto nach Radeburg. In Radeburg fuhr der Wagen in voller Fahrt gegen einen Baum, da die Bremse versagte. Die Tochter des Ringer wurde tödlich verletzt. Vater und Mutter kamen mit leichten Verletzungen davon.

Die Einziehung Litauens.

Da man auch heute noch in dem litauisch-polnischen Konflikt einen der gefährlichsten europäischen Brandherde zu erblicken hat, so tut man gut daran, sich von dem Wesen dieser beiden Völker, von ihrer Entwicklungsgeschichte und der Richtung ihrer nationalen Politik, ein klares Bild zu machen. Während die Geschichte des polnischen Volkes ziemlich bekannt ist, hat man im allgemeinen noch recht wenig über die Geschichte Litauens und die Vorgeschichte der litauischen Selbstständigkeitsbestrebungen erfahren. Obwohl das von Litauen beherrschte Gebiet unmittelbar an Ostpreußen angrenzt und obwohl sogar Teile von Ostpreußen selbst von Litauern besiedelt sind, ist die Geschichte Litauens im Gegensatz zu der Geschichte der baltischen Provinzen nahezu frei von deutschem Einfluss. Das in den Jahren 1515-1841 zur größten Macht sich entfaltende Großfürstentum Litauen vermochte seine Selbstständigkeit gegenüber dem östwärts dringenden Deutschland immer zu behaupten. Ein viel gefährlicherer Gegner waren die Polen. Durch eine kluge Diplomatie gelang es dem Warschauer Hofe, der Polonisierung Litauens den Weg zu ebnen und damit eine weitere politische und kulturelle Entwicklung Litauens zu unterbinden. Der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit mischten sich in Litauen ein und arbeiteten sich gegenständig in die Hände, um polnische Sprache, Sitten und Gebräuche zu verbreiten. Dilem kulturellen Niederbruchs Litauens folgte dann auch der politische. Durch die Russifizierung im Jahre 1860 wurde der letzte Rest litauischer Selbstständigkeit beseitigt und Litauen staatsrechtlich zu einer Provinz des polnischen Königreichs. Die polnische Herrschaft in Litauen dauerte über 200 Jahre, bis mit der Teilung Polens der polnische Staat selbst zerfiel. Die seit 1815 in Litauen herrschende Russenherrschaft machte auch weiterhin die Entwicklung eines litauischen Kulturlebens unmöglich. Während jedoch das litauische Volksleben im 17. und 18. Jahrhundert unter der Polenherrschaft sich in einem Zustand einer vollkommenen geschichtlichen Vergessenheit befand, erwachten im 19. Jahrhundert wie auch in anderen Ländern Europas, Kräfte in Litauen, die sich liebevoll dem Studium des litauischen Volkstums hingaben. Es kam so zu einer national-litauischen Bewegung, die zunächst von den Russen geschuldet, aber später mit der größten Rücksichtslosigkeit bekämpft wurde. Diese Unterdrückungsmassnahme Petersburg vermochte aber doch nicht die immer stärker werdende litauische Nationalbewegung einzudämmen. Trotzdem wäre sie letzten Endes zur Unfruchtbarkeit verdammt geblieben, wenn nicht der Weltkrieg die Herrschaft zerstört und eine Situation geschaffen hätte, die den litauischen Unabhängigkeitsbestrebungen Möglichkeiten eröffnete, an die die Führer der Bewegung vorher niemals hätten denken können.

Die deutsche Verwaltung und Okkupationszeit begünstigte die national-litauische Bewegung und genehmigte die Bildung eines politischen Komitees, das im Juli 1917 in Wilna zusammentrat und die Organisationsarbeit für die Einberufung eines litauischen Landtages aufnahm. Dieser Landtag tagte erstmalig im September 1917 und löste sich ein Jahr später in dem sogenannten Landesrat. Das Ziel des Landesrates war nach einer offiziellen Erklärung die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und einem festen Bundesverhältnis mit dem deutschen Reich, wobei man eine Militär-, Zoll- und Münzgemeinschaft mit Deutschland im Auge hatte. Der Zusammenbruch der Mittelmächte kostete zwar die Unabhängigkeitsklärung Litauens nicht an, aber die geplanten deutsch-litauischen Bindungen wurden über den Haufen geworfen. Die litauische Republik erhielt eine demokratische Verfassung, die der Bevölkerung das allgemeine und gleiche Wahlrecht gewährt.

Die weitere Geschichte der jungen litauischen Republik ist dann gekennzeichnet durch ihre Kämpfe gegen die Bolschewiken und gegen Polen. Am 5. Januar 1919 wurde Wilna von den Bolschewiken besetzt. Die litauische Regierung zog sich nach Romna zurück und organisierte von hier aus die Befreiung des Landes. Im Sommer 1919 gelang es ihr, die Bolschewiken zu vertreiben. Die kriegerische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion fand ihren formellen Abschluss durch den Friedensschluss vom 12. Juli 1920, in dem Sowjetrußland die Ansprüche Litauens auf Wilna ausdrücklich anerkannte. In dem russisch-litauischen Friedensprotokoll kann nur von Ansprüchen Litauens auf Wilna die Rede sein, weil zwischen der polnischen Generaljessnowski über Wilna hergefallen war und es besetzt blieb. Bekanntlich hat die polnische Regierung diesen Handstreich gedeckt und das eroberte Gebiet erfolgreich gegen die litauischen Angriffe verteidigt. Dieser für die junge litauische Regierung äußerst schwere Schlag wurde jedoch kompensiert durch die von der litauischen Regierung gebildete Annelition des unter französisches Mandat gestellten Memelgebietes, die im Frühjahr 1923 durch litauische Freischärler in Szene gesetzt wurde. In der Memelkonvention vom 8. Mai 1924 wurde die staatliche Zugehörigkeit Memels zu Litauen festgelegt, wobei Memel die Autonomie auf dem Gebiete der Gesetzgebung, Rechtsprechung und inneren Verwaltung zugesichert wurde.

Damit ist die Grenzfrage des polnisch-litauischen Staatsgebietes vorläufig zum Abschluss gekommen. Die Gesamtfläche Litauens ohne das Memelgebiet beträgt 68.488 Quadratkilometer und zählt eine Bevölkerung von etwas über 2 Millionen Menschen. Nach der litauischen Volkszählung vom Jahre 1928 betragen sie 88,8 Prozent der Bevölkerung als Litauer, 7,8 Prozent als Juden, 2,2 Prozent als Polen, 2,5 Prozent als Russen und 1,4 Prozent als Deutsche. Man wird annehmen können, daß der Prozentsatz der Litauener viel zu gering angesetzt ist. Trotzdem wird es wohl im allgemeinen richtig sein, daß in allen Kreisen der heutigen litauischen Republik eine Majorität von 60-80 Prozent Litauern vorhanden ist.

Wichtige Beratungen in Berlin.

Wie bekanntlich hatte Bayern seinerzeit den Antrag gestellt, die deutsche Reichsregierung möge die Ministerpräsidenten aller deutschen Länder in einer gemeinsamen Besprechung über die Ergebnisse der letzten Genfer Völkerverhandlungen eingehend unterrichten. D diesem Antrag hat die Reichsregierung nunmehr entsprochen. Die Konferenz fand gestern im Kongressaal des Reichstagespalais statt. Die vier hierzu von gut unterrichteter Seite erfahren, handelte es sich in dieser Versammlung lediglich darum, den Ministerpräsidenten der Länder einen ausführlichen Bericht über die tatsächlichen Vorgänge in Genf zu erstatten. Inwieweit gewisse Beschlüsse, die auf den Gang der auswärtigen Politik Einfluß haben könnten, werden nicht gelöst.

Im Gegensatz zu den noch vor kurzem veröffentlichten Meldungen ist nunmehr der auswärtige Ausblick des Reichstages für die aller nächsten Tage einberufen. Man kann jedoch mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß auch vor dem Austausch der Reichsregierung lediglich über die Vorgänge in Genf Bericht erstatten wird. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß in diesem Zusammenhange auch über gewisse weitere Aus-

wirkungen der Genfer Beschlüsse gesprochen wird. Zudem beabsichtigt man nach dem letzten des Ausschusses Anträge, die auf eine vorläufige Vertagung des Ausschusses bis zu dem Zeitpunkt hinauslaufen, an dem Streikmann nach Wiederherstellung seiner Gesundheit seine Arbeit wieder aufnimmt, was allerdings wohl nicht vor dem Beginn des Monats November zu erwarten ist. Demnach dürfte wohl der auswärtige Ausblick des Reichstages nach erfolgter Information seitens der Reichsregierung vorläufig wieder auseinandergehen und erst beim Zusammentritt des Reichstages sich wieder mit den schwebenden Verhandlungen beschäftigen.

Weitere wichtige Beratungen finden, wie wir hören, zur Zeit im Preussischen Innenministerium statt. Von einer größeren Deputationskommission wird dort zur Zeit darüber beraten, welche von den zur Zeit rechtswirksamen, etwa 100.000 preussischen Polizeiverordnungen nicht mehr der Neuzeit entsprechen. Bei der bisherigen Prüfung hat sich bereits ergeben, daß ein Teil der noch heute gültigen Bestimmungen aus weit zurückliegenden Jahrhunderten stammt und daß insgesamt etwa 50 bis 60 Prozent aller dieser Polizeiverordnungen, die heute noch in Gültigkeit sind, vollkommen als veraltet angesehen werden müssen. Man kann also damit rechnen, daß bereits in verhältnismäßig kurzer Zeit durch einen einseitigen Federstrich ein großer Teil aller preussischen Polizeiverordnungen für ungültig erklärt wird.

Die schon seit vielen Monaten schwebenden Verhandlungen, einseitige Verkehrsbestimmungen zu erlassen, sind, wie wir weiter erfahren, in der letzten Zeit soweit fortgeschritten, daß man damit rechnen kann, daß eine große Reihe von Ortspolizeibestimmungen in kurzer Zeit aufgehoben werden und die einseitigen Maßnahmen beseitigt werden und die Zustimmung des Reichsverkehrsministers gefunden haben. Die Oberhoheit der einzelnen Länder soll trotzdem erhalten bleiben, die meisten Länderregierungen haben aber bereits ihre Zustimmung dazu erteilt, sich den neu ausgearbeiteten Verkehrsbestimmungen anzupassen. Es ist demnach trotz eifrigem Bemühen nicht gelungen, die vielen Polizeiverordnungen, die auf dem Gebiete des Verkehrswesens erlassen sind, restlos zu beseitigen. Wahrscheinlich werden sie aber stillschweigend beseitigt durch die neuen Bestimmungen. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß schlichte Ortspolizeibehörden auf alle Bestimmungen zurückgreifen und längst überholte Bestimmungen ausgraben, so daß die geplante Reaktion, wenn es nicht gelingt, im letzten Augenblick sie zu beseitigen, daß sie allein Geltung hat, nur eine Laubheit bleibt.

Die Frankreich abrichtet.

1072 Millionen Franken Mehrausgabe für militärische Zwecke.

Paris (Tel.). In der Finanzkommission der Kammer teilte der Generalberichterstatter für den Haushalt mit, daß im allgemeinen das Gleichgewicht gewahrt sei und die Einnahmen die Ausgaben um 45 Millionen Franken übersteigen. Das Anwachsen der Ausgaben um rund 2780 Millionen Franken gegenüber 1928 sei in der Hauptsache auf die Erigerung der militärischen Ausgaben um 1072 Millionen Franken zurückzuführen. Die Einnahmen Frankreichs aus dem Dawesplan seien mit einer Milliarde Franken in die laufenden Einnahmen eingekalkuliert. Er behauptete die Berechtigung der Erhöhung dieses Betrages, da kein Grund vorhanden sei, dem französischen Steuerzahler diese Erleichterung seiner eigenen Last zu verweigern. Auch England und die Vereinigten Staaten sähen in ihren laufenden Budget-Einnahmen die Beiträge von die sie von Frankreich auf Grund der internationalen Schuldenabkommen erhielten. Die in das Budget eingereichte eine Milliarde aus dem Dawesplan verbleibe reichlich nach Abzug der an Amerika und England zu leistenden Beträge, der Kosten für den Unterhalt der Rheinlandtruppen und dem Wiederaufbau der während des Weltkrieges zerstörten Gebiete.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau. Eine Reihe von polnischen Zeitungen bringt eine offenbar inspirierte Mitteilung, worin es heißt, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in den letzten Tagen soweit gediehen seien, daß es sich als notwendig gezeigt habe, gewisse grundsätzliche Fragen betreffend den Vertrag und gegenseitige wirtschaftliche Angelegenheiten endgültig aufzuklären. Hiermit hängt die Abreise des deutschen Bevollmächtigten, Dr. Herms, zusammen, da die deutsche Seite zu weiteren Verhandlungen endgültig Stellung nehmen möchte.

Ein Teil der deutschen Presse, so heißt es weiter, stellt die polnischen Wünsche als zu weitgehend im Verhältnis zum Berliner Protokoll vom November 1927 dar. Diese Auffassung sei irrig. Tatsächlich habe das Berliner Protokoll nur ein Provisorium vorgesehen, während die letzten polnischen Vorschläge einen vollständigen Handelsvertrag zum Ziel hätten. Was die anderen Angelegenheiten betreffe, so sei der polnische Standpunkt unverändert geblieben. Polen wünsche weiterhin dem Grunde die Ausgleich der beiderseitigen Vorteile, der in gegenseitigen Kompensationen seinen Ausdruck finden müsse. Insbesondere betreffe dies die Ausfuhr polnischer tierischer Produkte, gegen die ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der breiten Volksmassen des Reiches von den deutschen Agrarfreien eine leidenschaftliche Agitation entzündet worden sei. Es sei zu wünschen, daß der demokratische Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands den Widerstand der Reaktion breche und damit den Weg zu einer gütigen Beendigung der Verhandlungen bahnen werde.

Anmerkung des HZB. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Es ist richtig, daß gewisse grundsätzliche Fragen des deutsch-polnischen Handelsvertrages und bestimmte gegenseitige wirtschaftliche Angelegenheiten endgültig geklärt werden müssen, und daß die Abreise des deutschen Bevollmächtigten, Reichsminister a. D. Dr. Herms, nach Berlin damit zusammenhängt.

Inwieweit das dagegen die Schlussfolgerungen, die von polnischer Seite hieran gefolgt werden, das Berliner Protokoll anlangt, so hat dieses nicht ein „Provisorium“, sondern einen festen, klaren Handelsvertrag vorgesehen, kurze Zeit darauf aber ist schon durch das Warschauer Protokoll vom 8. Dezember 1927 eine weitere Vereinbarung erfolgt, durch die das Verhandlungsfeld in gegenseitigem Einverständnis auf breiter Grundlage abgesteckt worden ist. Daraus ergibt sich, daß schon im Dezember vorigen Jahres auf beiden Seiten volle Klarheit über den Umfang des geplanten Handelsvertrages bestand. Uebrigens enthält das Berliner Protokoll nicht nur allernützlichste Ansetzungen, sondern es führt auch eine Reihe weitergehender Möglichkeiten an, die durchaus nicht ausgeschlossen sind. Was die Ausfuhr tierischer Produkte anlangt, so ist dies eine Frage,

bei der in erster Linie die veterinären Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen, da der Schutz der wertvollen deutschen Tierbestände von der Gefahr der Verseuchung an dem vornehmlichen Willen der Regierung gebührt. Mit den angeführten „Agitation“ der deutschen Agrarfreien haben gewisse rein sachliche Bedenken gegen bestimmte polnische Vorschläge nichts zu tun.

Auswärtiger Ausblick des Reichstages.

Berlin. (Zuspruch.) Während über Berlin der „Republik“ freige, verammelte sich im Reichstage am 10. über der auswärtige Ausblick unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Abg. Scheidemann. Mit dem Reichsanwalt Müller und Staatssekretär v. Schubert, dem deutschen Vertreter bei den Genfer Verhandlungen waren auch Reichsinnenminister Severing, Reichsfinanzminister Dr. Hülssberg, Reichsverkehrsminister von Guérard und Reichswirtschaftsminister Curtius erschienen. Zahlreiche Vertreter des Reichsrates, unter ihnen der bayerische Gesandte von Freyer, sowie der badische Ministerpräsident von Kemmerle, der württembergische Innenminister Holz und der thüringische Minister Leuthäuser nahmen an der Sitzung teil. Ferner sah man den Reichstagspräsidenten Lohde und den Vizepräsidenten a. D. Graf Bernstorff.

Reichsanwalt Müller ergriff das Wort, um über die Genfer Verhandlungen wegen der Räumung der Rheinlande Bericht zu erstatten.

Im Anschluß an den Bericht des Reichsanwalts gab Staatssekretär von Schubert Auskunft über eine Reihe von Fragen.

Balfrington gegen eine Verquickung der Reparationen.

Washington. Auf eine Anfrage, die auf Volmaras Rede in Chambers Bezug nahm, wurde gestern im Weißen Haus erklärt, Vorschläge, daß die amerikanischen Steuerzahler, die deutsche Reparationen bezahlen sollten, seien wiederholt gemacht worden und würden offenbar auch weiterhin gemacht werden. Amerika lehne derartige Vorschläge ab und könne auch keinen Zusammenhang zwischen den Reparationen und den alliierten Kriegsschulden sehen. Diese seien durch Abkommen geregelt, die bis auf einen Punkt ratifiziert worden seien. Der Präsident habe eine weitere Diskussion dieser Frage in der Presse für nutzlos und betrachte das Kapital der alliierten Schulden als abgeschlossen.

Stimmungsbild aus dem preussischen Landtag vom 2. Oktober 1928.

Berlin, 2. Oktober. Der preussische Landtag, der heute nachmittag seine erste Sitzung nach den Sommerferien abhielt, führte hauptsächlich die erste Lesung des Kommunalwahlengesetzes durch und hiermit die Vorlage zur Vorbereitung des Gemeindefinanzgesetzes. Aus der Debatte ergab sich, daß es sehr fraglich ist, ob sich eine Mehrheit für den Wunsch der Staatsregierung findet, am 2. Dezember zum ersten Male alle kommunalen Wahlen, zusammengelegt auf einen „Großwahltag“, durchzuführen. Das Zentrum hat schon jetzt die gesamte Vorlage abgelehnt. Eine Gruppe unter Führung der Deutschnationalen wünscht Verchiebung der Wahlen auf das nächste Jahr und nur Sozialdemokraten, Wirtschaftspartei und Kommunisten, die Landtagsmitglieder des 20. Mai, haben sich für das Gesetz erklärt. Innenminister Graefenstätt betonte, daß auf jeden Fall die Landtagsmitglieder und Stadtvorordnetenwahl am 2. Dezember stattfinden müßten. Weiter erwiderte der Landtag zahlreiche kleine Vorlagen, wobei er ein Gesetz, daß über drei Millionen wiederum für den Ausbau der staatlichen Heilanstalten bereitstellt, endgültig annahm. Die Ausfuhrbestimmungen zum Volksschullehrerbeförderungsgesetz, sowie das demokratische Verlangen nach einer Denkschrift über die Verhältnisse in der Grenzmark und eine Resolution über Forderungen gingen in die Ausschüsse. Morgen: kleine Vorlagen.

Der Streit im nieder-schlesischen Bergbau.

Berlin. In dem Streit im nieder-schlesischen Bergbau tritt die Fachgruppe Bergbau des Reichsvorstandes der Deutschen Industrie mit: Im nieder-schlesischen Steinkohlenbergbau ist die Gesamtdelegierte auf Beschluß der Reviervereiner der Bergarbeiter gestern morgen in den Streit getreten. Die Bergarbeiter hatten eine Reihe von Forderungen, u. a. die auf eine Lohnerhöhung von 15 Prozent geklärt. Allein die Lohnerhöhung hätte für das Revier eine Lastensteigerung von jährlich 9 Millionen Mark ausgemacht, die angesichts der anstehenden Kostlage des nieder-schlesischen Steinkohlenbergbaus nicht aufgebracht werden konnte. In der schwerwiegenden Bedenken wegen der Konsumfähigkeit des Reviers erklärten sich die Arbeitgeber bereit, gemeinsam mit den Arbeitnehmern einen Antrag auf Kohlenpreiserhöhung zu stellen, die im Verhältnis des Lohnanteils an den Selbstkosten rechnerisch den Arbeitnehmern zugute kommen sollte. Die Bergarbeiter gaben am 13. September die Zulage in diesem Vorschlag Stellung zu nehmen, trafen aber den Streikbeschluss, ohne sich den Arbeitgebern gegenüber zu ihm geäußert zu haben. Da die vierseitige Ründigungsfrist nicht eingehalten worden ist, stellt der Streikbeschluss leider eine Verletzung des Tarifvertrages dar.

Forschungshebung in Berlin-Spandau.

Die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen plant, in einer größeren Forschungshebung praktische Beispiele zur Veranschaulichung möglicher sozialer, technischer und wirtschaftlicher bedeutsamer Fragen des Wohnungsbaues zu veröffentlichen. Für die Forschungshebung ist ein Gelände in Berlin-Spandau, das zu den Verkehrsmitteln und zu den Arbeitsstätten günstig gelegen ist, gewählt. Für die Aufteilung und Bedienung des Geländes wird ein allgemeiner Wettbewerb ausgeschrieben, für den 50.000 Mark an Berlin ausgeworfen sind.

Die Wohnungen sollen zweckmäßig gestaltet und hygienisch einwandfrei angeordnet sein. Sie sollen eine möglichst wirtschaftliche und zweckmäßige Hausbauführung gestatten. Von den Wohnungen entfällt der größte Prozent auf solche von 45 Quadratmeter Fläche. Es ist außerdem erwünscht, Kinderheime, Waisenheime, Altersheime, Volkshäuser mit Volkshochschule, Ferner Wägen, gewerbliche Anlagen, wie Bäckereien, Fleischerereien, Metzgereien usw. vorzusehen.

Der Wettbewerb soll wirtschaftliche Vorschläge bringen für die Flächenaufteilung des Geländes, für die Verteilung der Bauweisen auf dem Gelände und für die heraus sich ergebenden Grundabrisse und Grundrisse.

Politische Tagesübersicht.

Verbot kommunistischer Umzüge in Hamburg. Das Senat hat die für Dienstag geplanten Umzüge der kommunistischen Partei und des Rotfrontkämpferbundes durch die Stadt verboten.

Die Kommunisten in Weimar. Die Kommunisten der Weimarer Bürgervereine, die am Sonntag infolge der Unruhen nicht durchgeführt werden konnte, wird am Sonntag, den 7. Oktober wiederholt. Für ausreichenden polizeilichen Schutz ist gesorgt.

Beschlagnahme deutscher Zeitungen in Polen-Ober-Schlesien. Die Katowitzer Polizeidirektion hat sämtliche in Polnisch-Oberschlesien vertriebenen deutschen Blätter, die sich mit der Weimarer Regierung über die angebliche Ermordung des Generals Jagoroff befassen, beschlagnahmt. Der Beschlagnahme verfielen auch das „Tempo“, das „Mittelschlesien“ und die „Radikale Wache“.

Die nächste Vollversammlung des Reichsrats wird am Donnerstag nachmittags 6 Uhr stattfinden. Dem Reichsrat ist u. a. ein Gesetzentwurf über ein deutsch-britisches Abkommen zum Rechtsverkehr angegangen. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung stehen nur kleinere Vorlagen.

Dr. Curtius bei Braun. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat einen persönlichen Schritt beim preussischen Ministerpräsidenten Braun unternommen, um diesen zu bewegen, die Umbildung der preussischen Regierung im Sinne der Großen Koalition herbeizuführen. Wie der „Abend“ mitteilt, hat Braun darauf geantwortet, daß er nicht in der Lage sei, sozusagen von Amts wegen diese Umbildung herbeizuführen; er müsse vielmehr die Initiative den Parteien überlassen, insbesondere der Volkspartei, die von sich aus die notwendigen Verhandlungen anzubahnen müsse.

Kommunisten gegen Braunkohlenpreiserhöhung. Die kommunistische Reichsstaatsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der den Reichswirtschaftsminister beauftragt, die von den verschiedenen Braunkohlenindustrien geforderte und vom Reichsstaatsrat angenommene Braunkohlenpreiserhöhung zu unterbinden, indem er den Beschlüssen des Reichsstaatsrates seine Zustimmung verweigert.

Der dänische Handelsminister zurückgetreten. Nach der endgültigen Beilegung der Privatbankkrise ist der dänische Handelsminister Eieblager am Dienstag nachmittags zurückgetreten. Bis auf weiteres wird Ministerpräsident Raden-Nielsen das Handelsministerium übernehmen.

Das Plakat der englisch-russischen Gewerkschaftsvereinigungen. Wie aus Moskau gemeldet wird, beschäftigt sich die „Pravda“ ausführlich mit der Tagung der Labour Party und der Røde Kampfbund. Das Blatt hebt die antisowjetische Tendenz der Tagung hervor u. besagt, daß die Zusammenarbeit zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften keine Aussicht mehr habe. Die Einberufung des englisch-russischen Einheitskongresses habe in dieser Sache keinen praktischen Wert. Die britische Arbeiterbewegung werde sich künstlich aus dem Blickfeld der Weltöffentlichkeit zurückziehen lassen, um die internationale Entwicklung der Arbeiterbewegung in Europa sei diese ablehnende Einstellung der englischen Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit den revolutionären Organisationen ein harter Schlag für die Revolutionsbewegung.

Verkaufung der Terevna in Frankreich. Die Regierung hat sich nun zu weiteren Maßnahmen zur Befreiung der Lebensmittellieferung in Frankreich entschlossen. Um insbesondere der Lebensmittelversorgung zu helfen, erließ sie eine Verordnung, wonach die Viehhändler auf den Märkten zum Viehkauf und Verkauf nur ermächtigt sind, wenn sie eine neue Kaufkarte besitzen.

Die Zurückweisung aller militärischen Einheiten aus China von Nanking gefordert. Wie aus Nanking amtlich gemeldet wird, hat die Nankingregierung eine Note an die Sowjetmacht ausgesprochen, in der diese ersucht werden, die Truppen und Staffeln aus diesem Gebiet zu entfernen. In der Note soll darauf hingewiesen werden, daß das Verbleiben der militärischen Einheiten auf chinesischem Boden dem Geiste des Nonnongpaktes widerspreche.

Reichsbanner-Bundes-Generalversammlung.

Hannover. Bei der gestern fortgeführten der nordeutschen Vertreter der Reichsbanner-Bundes-Generalversammlung wurden u. a. folgende Entschlüsse angenommen:

1. Praktische Wege zur Völkerverständigung bestehen darin, daß es einer möglichst großen Zahl Kriegsteilnehmer der früher uns feindlichen Staaten möglich gemacht wird, die Verhältnisse in Deutschland zu studieren. Dasselbe trifft für deutsche Kriegsteilnehmer in umgekehrtem Sinne zu. Die Bundesversammlung beauftragt daher den Bundesvorstand, mit ausländischen Frontsoldaten-Organisationen in Verbindung zu treten, um in geeigneter Weise einen Austausch von Gästen in die Wege zu leiten.

2. Der Zustand der deutschen Kriegsgefangenen ist, wie durch Kameraden unserer Ortsgruppen persönlich festgestellt worden ist, ein herablassender, der sich das deutsche Volkstum deswegen schämen muß. Weiter steht fest, daß in den Ländern von Verbund noch gefesselte Kameraden unbedeutend leben bzw. die Leiden dort so verheerend sind, wie es im Verlaufe der Kampfhandlung nur möglich war. Das Verlangen der privaten Organisationen (Kriegsgefangenenfürsorge) ist damit erwiehen. Das Reichsbanner hebt seinen Aufgabenkreis darin, daß es den Zustand der Kriegsgefangenen kontrolliert und vor allen Dingen bei der Reichsregierung dahin wirkt, daß die Beaufsichtigung der Friedhöfe und die Bekämpfung der noch nicht ordnungsgemäß beerdigten Soldaten durch staatliche Stellen erfolgt.

3. Beim Bundesvorstand und am Sitz eines jeden Gauverbandes ist eine Stelle zur Abwehr der Angriffe auf die republikanische Staatsform einzurichten, die einem dazu geeigneten Kameraden zu übertragen ist. Diese Stelle hat im wesentlichen die Aufgaben, Pläne und die Tätigkeit gegnerischer Organisationen zu beobachten und den Vorstand über die Tätigkeit gegen die deutsche Staatsform, gleichviel in welcher Form sie bestehen mag, entsprechend zu beraten.

4. Der Bundesvorstand wird ersucht, alle zweckdienlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit der 11. August zum gesetzlichen Feiertag erhoben wird.

Albert Thomas über die Stellung der Angehörigen in der organisierten Industrie der Reichsregierung.

Hamburg. Auf dem Hamburger All-Gewerkschaftskongress ergriff der Reichsminister über die Bedeutung der Angehörigen innerhalb der Wirtschaft und der Arbeiterschaft der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf Albert Thomas das Wort zu dem Thema „Die Stellung der Angehörigen in der organisierten Industrie der Reichsregierung“. Der Redner beschäftigte sich zunächst mit dem letzten Anmarsch der Angehörigen in allen Ländern. Diese Anmärsche sind ihre Erklärung einmal im technischen Fortschritt, in der Zurückdrängung der Handarbeit durch die Maschinen, im Ausbau der Organisation und Produktion des Güterverteilungsprozesses, für den Angehörige und geistige Arbeiter aller Art notwendig sind. Diese Umwälzung der Bevölkerung sei vom sozialen Standpunkt aus vornehmlich wichtig. Eine neue Gruppe von Angehörigen sei entstanden. Man dürfe freilich nicht von ihrer Art neuen Mittelstand sprechen, denn es handelt sich

um Arbeitnehmer, wenn auch die Lebensbedingungen dieser nicht die von denen der Arbeiter in vieler Hinsicht unterliegen. Die Angehörigen sind, so führte Albert Thomas aus, Angehörige und haben sich als solche. Sie stellen soziale Probleme, die aus der eigenartigen Stellung erwachsen, die sie einnehmen. Einmal haben sie mehr oder weniger Anteil an der Betriebsführung, am geistigen Gehalt des Betriebs, andererseits haben sie im Dienste des Betriebs. So entwickelt sich ein Drama des geistigen Arbeiters, der sich dagegen wehrt, nur ein Glied des mechanischen Prozesses zu sein. Dieser Entwicklungsprozess und das Ringen um Selbstbehauptung liegt die Angehörigenverbände mächtig anzuwachsen, und führte sie dazu, sich mit dem Internationalen Arbeitsamt in Verbindung zu setzen, um Schutz und Befreiung für Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Vor zwei Jahren wurde in Konstanz eine Verbindung herbeigeführt. Eine Reihe von Forderungen wurde von den Verbänden aller wichtigen Industrieländer einmütig aufgestellt. Die internationale Arbeitsorganisation soll durch internationale Abkommen die wichtigsten Angehörigenprobleme lösen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beschloß demgemäß, auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz auch die Frage der Arbeitssicherheit der Angehörigen zu behandeln. Anders fragen der Angehörigenarbeit werden zuerst vom Internationalen Arbeitsamt wissenschaftlich im internationalen Rahmen geprüft, so die Frage der Abhängigkeitsfragen, der Gehaltsstellungen bei unerschulter Verbindung der Arbeitssicherheit, des Schutzes der Angehörigenkinder uim. Albert Thomas erkannte die Notwendigkeit an, die Tätigkeit des Genies in dieser Richtung weiter auszugestalten und sich dabei die Mitarbeit sachverständiger Kreise zu sichern. Der beste Beschützer des Internationalen Arbeitsamtes werde dabei freilich die Initiative der Angehörigen selbst bleiben.

Eine Gegenklärung des Stahlhelms.

Berlin. In der Stellungnahme der Reichsstaats- und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Stahlhelm erklärt die Reichsstaatsfraktion des Stahlhelms u. a., daß diese Entwicklung vorausgesehen worden ist. Nachdem sich der Stahlhelm vor zwei Jahren zur politischen Bewegung erklärt hat, welche politische Ziele mit politischen Mitteln erstrebt, mußte er notwendig in Grenzkreislagen geraten mit den älteren politischen Verbänden, die ihren Monopolanspruch nicht aufgeben wollten. Die Parteien werden sich daran gemahnen müssen, die im Stahlhelm verkörperte politische Bewegung als gleichberechtigt anzuerkennen.

Admiral Zenters Abschied von der Reichsmarine.

Berlin. (Telunion.) Admiral Zenter verabschiedete sich am Dienstag mit folgendem Wort an die Reichsmarine:

„Mit dem heutigen Tage scheidet ich nach 39 1/2jähriger Dienstzeit aus der Marine. Ihre Arbeit nach wie vor mein Herz, ihr Gelingen meine besten Wünsche. Unerlöschlich in ihrer Treue gegen Volk und Staat, die alten deutschen Seemanns- und Soldatentugenden pflegend, wird sie — das ist mein fester Glaube — sich weiter entwickeln, allen Demutungen und Hindernissen zum Trost, dem Vaterlande zum Nutzen, der Flotte zur Ehre. Allen Kameraden in Treue und Dankbarkeit ein herzliches Lebenswohl! Zenter, Admiral.“

Die Reichsregierung und die Vollstreckung von Todesurteilen.

Berlin. In der Presse finden sich Angriffe gegen ein Schreiben, das der Reichsminister der Justiz an die Landesregierungen gerichtet hat, und das sich mit der Vollstreckung von Todesurteilen beschäftigt. Hierzu wird bemerkt:

Der Reichsanwalt hat am 3. Juli d. J. in der Erklärung der Reichsregierung im Reichstag zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung bei den Landesregierungen anzuregen werde, die zur gleichgerichteten Entscheidung über die Frage der Befreiung der Todesstrafe das Bewandlungsrecht, gegenüber Todesurteilen anzuwenden. Diese Stellungnahme der Reichsregierung hat der Reichsjustizminister am 10. Juli zur Kenntnis der Landesregierungen gebracht.

Das Schreiben des Reichsjustizministers ist keineswegs, wie in einem rechtsstehenden Blatte behauptet wird, ein Vorstoß gegen die Justizhoheit der Länder. Es hatte lediglich den Zweck, in Ausführung der erwähnten Erklärung der Reichsregierung bei den Ländern anzuregen, die Ausübung des ihnen zustehenden Gnadenrechts den möglichen Wegfall der Todesstrafe in dem neuen Strafgesetzbuch zu berücksichtigen.

Strafverfahren gegen Thälmann.

Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes aus Hamburg hat die Staatsanwaltschaft Hamburg wegen der zu ihrer Kenntnis gelangten Unterschlagungen und Betrugsereien in der kommunistischen Partei des Strafverfahren gegen Thälmann und zwei Genossen eingeleitet.

S. P. D. und Wehrproblem.

Berlin. Am Dienstag vormittag trat in den Räumen des Parteivorstandes die Kommission zusammen, die die Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Wehrproblem programmatisch klären soll. Die Kommission wählte Dittmann zu ihrem Vorsitzenden und Dr. Wenzel zu ihrem Sekretär. Sie trat darauf in eine allgemeine Aussprache ein, die bis in die späten Nachmittagsstunden dauerte. Es wurde beschlossen, einige Entschlüsse einzufassen und nach ihrer Erhaltung im November die Beratungen fortzusetzen.

Entspannung in der Wiener Neustadt.

Wien. (Tel.) Die in der Angelegenheit von Wiener Neustadt beim Landesoberstaatsanwalt Dr. Gurech bis in die Abendstunden geführten Verhandlungen haben eine Abklärung der Angelegenheit der Paga gebracht. Es ist anzunehmen, daß Mittwochs eine Einigung dahin erzielt werden wird, daß das Verbot des sozialdemokratischen Aufmarsches in Wiener Neustadt aufgehoben und für beide, also Sozialdemokraten und Heimwehren, eine Rundgebung ermöglicht wird, bei der Aufstrebungen vermieden werden.

Ausbreitungen in Graz.

Graz. Nach einer Mitteilung der Volksabteilung haben gestern Mittag auf der Eggenberger Tramwaylinie Arbeiter der Grazer Waggonfabrik die Straßenbahnlinien durch Eisenklammern verlegt, so daß ein Frieswagen mit Bewachen die Stelle nicht passieren konnte. Die Wachen benutzte diese Gelegenheit und warf Bierflaschen, Steine und schwere Eisenstücke gegen den dicht besetzten Straßenbahnwagen. Der Motorführer kam, von Glasplittern überdeckt, vornüber zusammen; ein Kamerad der dritten Reihe wurde am Gesicht, an einem Auge und am Arm durch Glasplitter verletzt, einem Frieswagen wurde die Stirnwand über dem rechten Auge durchtrennt. Die die Tramway

wegen begleitenden Wachbedienten stürzten energisch ein und es gelang dem durch rasche Abfahrt, die Gefährde außer Gefahr zu bringen.

Die Regierungskrise in Thüringen.

Weimar. Der Abgeordnete Bauer (Deutsche Volkspartei), der vom Präsidenten des Landtags beauftragt worden war, als Unterhändler für die Regierungsbildung tätig zu sein und sich keine Entscheidung bis Montag, den 1. Oktober, vorbehalten hatte, hat gestern dem Landtagspräsidenten erklärt, daß er den ihm erteilten Auftrag annehme.

Weimar. Der Vizepräsident des Landtages von Thüringen sagte gestern folgenden Bescheid: Wenn die Regierungsbildung gelingt, wird der Präsident den Landtag mit der Tagesordnung „Regierungsbildung“ alsbald zusammensetzen, aber nicht vor dem 11. Oktober. Er aber im Laufe der nächsten Woche eine Liste nicht aufzubereiten, dann findet auf jeden Fall die nächste Sitzung am 16. Oktober statt, damit dringende Vorlagen erledigt werden können.

Die Hungersnot in Rußland.

Leningrad. (Telunion.) Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung zur Linderung der Hungersnot in den von der Winternis betroffenen Gebieten Maßnahmen zur Verbesserung der Bevölkerung mit Lebensmitteln getroffen. Täglich werden auf Staatskosten bis zu 250 000 Personen aus Reichsflächen gespeist, von denen 250 000 Kinder sind. Zur Verteilung der Speisen sind Transportmittel herangezogen. Die wirtschaftliche Weiterentwicklung der betroffenen Gebiete kann nach amtlicher Darstellung nicht vor dem Sommer 1920 erwartet werden. Die Speisung und die Unterhaltung der notleidenden Bevölkerung wird der Regierung insgesamt 100 Millionen Rubel kosten.

Große Schließungen der Chemischen Fabrik Johannisthal.

Berlin. Die Zahlungsbeurteilung bei der Chemischen Fabrik Johannisthal G. m. b. H., einem der größten Chemischen Werke, das mit der Hanselbischen Metallhandels-Gesellschaft in enger Geschäftsverbindung gehalten hat, hat eine überraschende Entwicklung gefunden. Der alleinige Geschäftsführer der Johannisthal G. m. b. H., Dr. Friedrich Greiff aus Weiden soll sich, wie eine Berliner Korrespondenz wissen will, umfangreiche Urkundenfälschungen und Betrugsereien haben zu Schulden kommen lassen. Er hat bei dem Bankhaus Wildenreiter & Co. einen Kredit von über 3 Millionen Mark dadurch erhalten, daß er Fälschungen der Hanselbischen Metallhandels-Gesellschaft vorgelegt hat. Dieses Schreiben hat er selbst bereinigt und mit gefälschten Unterschriften der Direktoren versehen. Die Briefbogen hat er sich wahrscheinlich durch Zusammenarbeiten mit ungetreuen Angestellten zu verschaffen gemußt. Außerdem sollen noch andere Mitarbeiter um mehrere Millionen geschädigt worden sein. Diese Angelegenheit ist bereits zum Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens gegen Dr. Greiff bei der Staatsanwaltschaft gemacht worden. Dr. Greiff soll auf sehr araben Fuße gelebt haben, mehrere Grundstücke, Autos und eine luxuriöse Villa in Weiden, besitzen.

Wiedereröffnung der Kopenhagener Privatbank.

Kopenhagen. Die Privatbank, die am Freitag ihre Schalter schließen mußte, wird heute wieder eröffnet werden, da es nunmehr hoch zu einer Einigung über die Rekonstruktion des Instituts gekommen ist. Das Aktienkapital der Bank wird auf 20 v. S. herabgesetzt und der Bank nachstehende Institute zeichnen ein neues Aktienkapital von 28 Millionen Kronen. Zur weiteren Sicherung der Konto-Inhaber hat ein Konsortium, bestehend aus Stockholms Enskilda-Bank, Hambors Bank in London und der Guaranty Trust Company in New York, ein Einzahlkapital von 15 Millionen gesichert, das auf eine lange Reihe von Jahren unfällig ist. Die Direktoren E. Clausen und Aron sind zurückgetreten. Als neuer Direktor neben Direktor Sigtoft ist B. Andersen von der Kopenhagener Diskonto- und Revisionsbank bestellt worden. Gleichzeitig mit der Rekonstruktion von Privatbanken ist eine Rekonstruktion der Warhus Ols Fabrik erfolgt.

De la Cierba kommt nach Berlin.

Berlin. Die Deutsche Luftlinie hat von dem Präsidenten der Sierra Autogiro Comp. dem spanischen Flieger und früheren Abgeordneten Juan de la Cierba, der vor einigen Wochen mit seinem Windmühlensflugzeug den epischen Flug London-Paris über den Kanal ausführte, soeben die Nachricht erhalten, daß er an der Eröffnung der Via in Berlin teilnehmen werde. De la Cierba wird mit seinem Windmühlensflugzeug am 6. d. M. über Brüssel in Köln eintrafen und in Kassel, sowie auf dem Flughafen für Leipzig und Halle, Schenke, Zwischenlandungen vornehmen, um der Bevölkerung auch dieser vier Städte Gelegenheit zur Begegnung mit dem Flieger zu geben. Am 7. Okt., dem Tage der Eröffnung der Via, wird voraussichtlich dann die Landung im Berlin-Tempelhof Flughafen erfolgen.

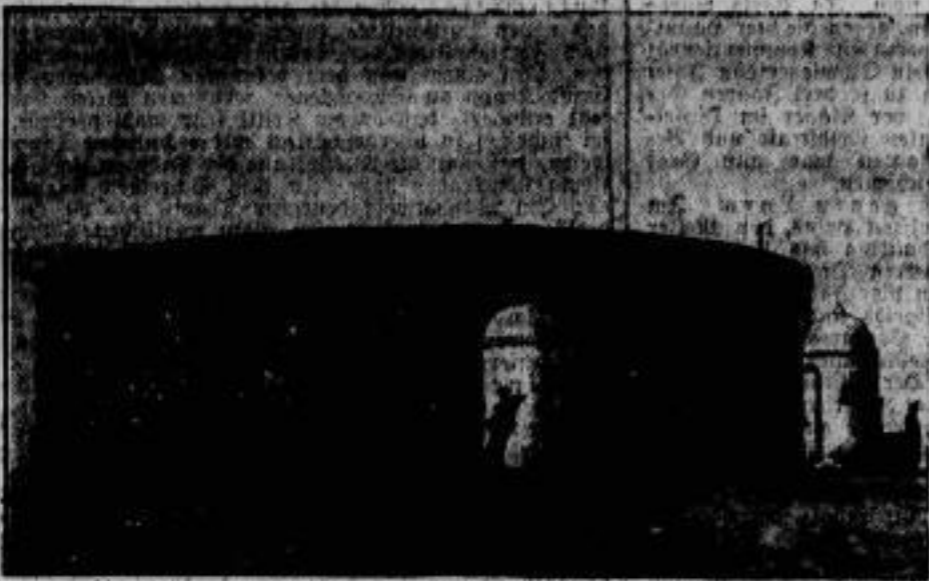
Die Verhaftungen in Worms.

Darmstadt. Wie das Darmstädter Tageblatt hört, bildete die Verhaftung mehrerer junger Deutschen aus Worms gestern Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Vertreter des Reichskommissars und der französischen Besatzungshoheit in Koblenz. Es handelt sich hier um einen Zwischenfall durchaus unpolitischer Natur. Die deutsche Polizei war einer Bande jugendlicher Verbrecher auf die Spur gekommen, die sich im besetzten Gebiet vagegebend herumtrieb. Nach den bisherigen Feststellungen haben sie etwa 20 Einbrüche auf dem Rheinbühl. Nach ihrer Festnahme wollte die deutsche Polizei sie zuerst ihren Eltern zuführen, da sie durchschnittlich 14 und 16 Jahre alt waren. Bei Nachprüfung ihrer Angaben stellte sich jedoch heraus, daß diese falsch waren. Gegen den Abtransport ins unbesetzte Gebiet legte die französische Besatzungshoheit Verwahrung ein, weil die Verhafteten auch bei einem französischen Offizier einen Einbruch ausgeführt hatten. Sie mußten darauf der Wehrpolizei ausgeliefert werden, die sie dann in das Gefängnis brachte. Von deutscher Seite wurde ein Rechtsbeistand gestellt, der sich auch schon um die Freilassung der Verhafteten bemüht hat.

Winterfeld in Krasno gelandet.

Moskau. Der deutsche Pilot Winterfeld, der mit einem Albatros-Daunier Leichtflugzeug einen Flug nach Tokio unternimmt, ist gestern vormittag um 11 Uhr von Krasno abgeflogen und um 4 Uhr nachmittags in Krasno gelandet. Er beabsichtigt, morgen den Flug nach Siam fortzusetzen. Die Flugroute Moskau-Scharow legte der Pilot in 8, die Strecke Scharow-Krasno in 5 Stunden zurück. Winterfeld, der in Krasno von Vertretern der sowjetischen Luftfahrt begrüßt wurde, sprach sich mit großer Begeisterung über den ihm in der Sowjetunion entgegengebrachten Empfang aus.

Das neue Schicksal eines der Weltkriege
 dessen Vorkriegsstand in die Luft flieg, etwa 60 Menschen
 tödlich und zahlreiche verletzt.



107



und nach der Explosion.

Die amerikanischen Volkswirtschaftskandidaten
 haben den Kampf um ihres Wahl eröffnet, den sie unter Auf-
 bietung aller technischen Hilfsmittel führen. Sonderzüge
 führen sie durch das Land von einer Wahlzelle zur anderen.



Al Smith (in der Mitte sitzend), der demokratische Kandidat,
 gibt während einer Reise in seinem Sonderzug den Bericht-
 erstatter Interviews über seine politischen Ziele.



Der Kandidat der Republikaner, Herbert Hoover, hält eine
 Wahlrede von der Plattform seines Sonderzuges aus.



Florian
 Ribbner,
 der bekannteste
 rheinische
 Groß-
 Industrielle,
 feiert am
 4. Oktober
 seinen 60.
 Geburtstag.



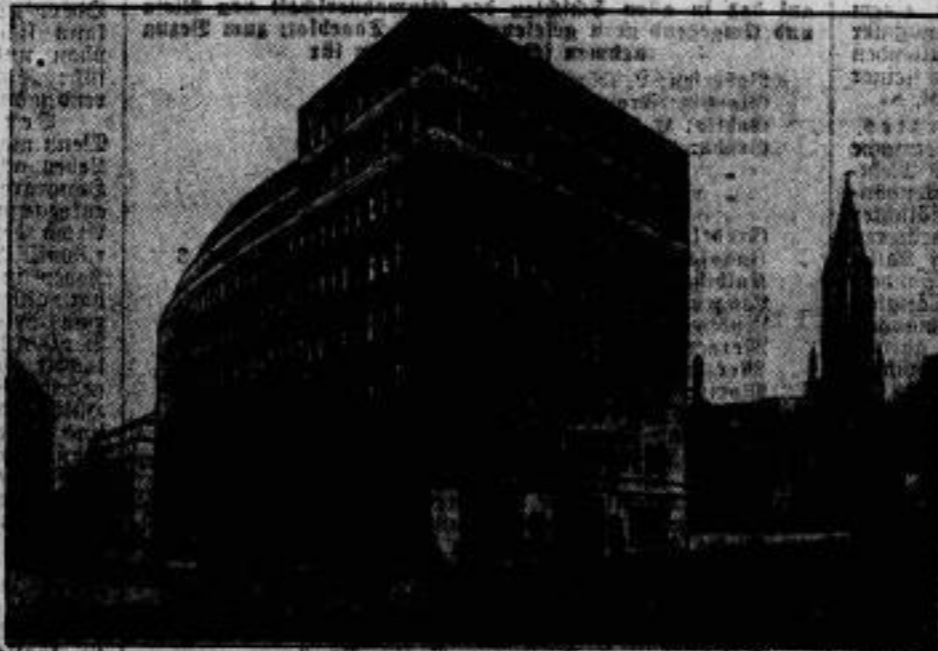
Glücklicherweise in Straßburg,
 in der Langen Straße zu Straßburg kürzlich infolge eines
 Bodenumbaus zwei Häuser ein und begruben fünf Bewoh-
 ner unter ihren Trümmern. Die Verunglückten konnten
 nicht mehr geborgen werden.



Rear Admiral Franz,
 der neue Befehlshaber der deutschen Nord-
 seeflotte.



Ein Herz um die Welt.
 Am 1. Oktober startete ein brandenburgischer
 Tor in Berlin der neunzehnjährige Franz
 Dörsch zum Hindenburg-Bau, der über
 Potsdam, Magdeburg, Bielefeld, Wien, Bu-
 dapest, Konstantinopel, Lairo, Jerusalem,
 Albanien, Australien und quer durch
 Nordamerika führen soll. Der Weltläufer
 will den Deutschen im Ausland die Wege
 der Heimat überbringen. Er hofft, im Ok-
 tober nächsten Jahres wieder in Berlin zu
 sein. — Der Reichspräsident hat zu dem
 Namen „Hindenburg-Bau“ seine Genehmi-
 gung gegeben.



Restrukturierung der Reichstag.
 Der Marktplatz in Hamburg,
 eines der neuen Bauwerke, deren architektonische Einlei-
 tung dem Straßenbild des alten Hansestadt ein neues
 Gepräge gibt.



Aus dem Reich der Sankt.
 Ein Selbstbildnis Kaiser Friedrich
 aus den Jahren 1851-1852, das kürzlich
 von der Städtischen Galerie in Nürnberg
 erworben wurde.

Bermischtes.

Der Raubmord bei Redlib.

Su dem gemeldeten Raubmord bei Redlib berichtet eine Berliner Korrespondenz, daß die Untersuchung des Tatortes und der Leiche des Obergeleiteten Dörfert weit schwerer Klaffen als die Leiche des rechten Kopfes auf. Die Leiche waren so wuchtig gefüllt, daß der Schädel mehrfach zertrümmert worden ist. Geld und Uhr sind geraubt worden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Zusammenstoß zweier Passagierflugzeuge.

Bei Termes in Bulgarien in Mittelafrika hat sich ein eigenartiger Zusammenstoß zwischen zwei Passagierflugzeugen der Gesellschaft „Dobrolet“ ereignet. Die Flugzeuge, die mit Flugplänen zum Fahrplanmäßigen Flug Termes-Laschent gestartet waren, befanden sich bei 60 Grad Höhe und hatten Luftdrückungen — in verschiedener Höhe. Plötzlich wurde das obere Flugzeug von einem heftigen Luftwirbel ergriffen und auf das untere Flugzeug geschleudert. Glücklicherweise gelang es dem Führer des oberen Flugzeuges, der die Lage sofort übernahm, rechtzeitig Notland zu machen und sein Flugzeug aus dem Bereich der heftigen Luftdrückungen in festem Flug in die Höhe zu ziehen, während das andere Flugzeug hinabgefallen begann. Trotz der Beschädigungen, die dem Haupt des oberen Flugzeuges von den Rädern und Schrauben des zweiten Flugzeuges beigebracht wurden, flogen beide Flieger nach dem Zusammenstoß ihren Flug fort und brachten ihre Flugzeuge nach ihrem 753 Kilometer-Flug ohne irgendwelche Beschädigungen nach Laschent.

Explosion in Bulgarien.

Nach einer Privatmeldung des Vester Floß aus Sofia hat sich gestern im Bergwerk Alta Tepe in der Nähe von Philippopol eine schwere Explosion ereignet, die auch in der Stadt Philippopol wahrgenommen wurde und dort eine große Panik hervorgerufen hat, da von der Gewalt der Explosion hochgeschleuderte Steine bis in die Straßen flogen, so eine Frau und ein Kind getötet und mehrere Personen verwundet wurden. Die Explosion, über deren Umfang und Ursache bis jetzt keine Nachrichten vorliegen, wird mit der großen Mine in Verbindung gebracht, die seit einigen Tagen in Bulgarien herrscht. So wurden gestern in Lataz Bergwerk 37 Grad Celsius im Schatten gemessen.

Explosion einer Handgranate.

Während der bei Bautzenburg (Hannoverschen) stattgefundenen Manöver hatte ein Artillerieregiment in der Umgegend von Langendorf ein Schärfschießen veranstaltet. Nach jedem Schießen suchte eine Militärabteilung das Schußfeld nach nicht explodierten Granaten ab. Auch die Beobachtung wurde informiert, daß im Falle des Findens einer Granate dies sofort der Polizei gemeldet werden soll. Leider trug sich am Montag ein solches Unglück zu. Beim Diebstahl fanden der 10jährige Janabst, der 16jährige Janabst und der 13jährige Blum eine Granate. Als das Schloß auf und man es gegen einen Stein. Als die Granate zum Schießen, daß nichts passierte, begannen sie am Fänger zu schrauben. Plötzlich hörten sie ein Rischen und begannen zu fliehen. Sie waren jedoch nicht weit gekommen, als die Granate explodierte. Die Folgen waren entsetzlich. Dem Janabst wurde der Kopf abgerissen, Janabst wurde leicht verletzt, während Blum mit dem bloßen Schreden davonsam. — Ein anderer Unfall trug sich kurz vorher zu. Der vom Militär erlassene Soldat Stolz fand eine Handgranate. Er nahm die Granate auseinander, wobei diese explodierte. Stolz erlitt schwere Verletzungen.

Hochflut der Themse.

Die Themse erreichte am Dienstag nachmittag um 17 Uhr ihren höchsten Stand in diesem Jahre. In weiten Kreisen herrscht schwere Besorgnis über die möglichen Folgen der Hochflut. Der nach der letzten Ueberflutungstafel errichtete neue Flußdamm und die verstärkten alten Dämme hielten bis jetzt dem Druck der Wasserfluten stand, obwohl diese im Zentrum Londons bis auf etwa 40 Zentimeter unterhalb der oberen Dammlinien gestiegen sind. Nur an zwei Stellen ist Wasser eingedrungen, ohne jedoch größeren Schaden anzurichten. Viele Schiffe, die im Laufe dieses Wochenendes nach Plymouth kamen, hatten infolge starken Sturmes auf dem Atlantik erhebliche Verspätungen. Die „Kauritania“ hat sich jedoch nur um etwa eine Stunde verspätet und ihre Durchschnittsgeschwindigkeit aufrecht erhalten.

Johnson über Santa Fe.

Nach Meldungen aus Rosario wurde die argentinische Provinz Santa Fe von einem Johnson heimlich. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind zwei Personen umgekommen.

Der Sturm bei Wellington.

Bei Wellington ereignete sich gestern nachmittag gegen 3 Uhr am Monte Arbio ein großer Bergsturz. In einer ungeheuren Masse von Stein und Geröll stürzte der Bergabhang ins Tal. Die Schuttlawine hat eine Ausdehnung von 2 1/2 Quadratkilometern und ist an manchen Stellen etwa 100 Meter hoch. Ungefähr 20 Alpbühnen, die jedoch, da der Bergsturz seit einiger Zeit vorausgesehen war, geräumt waren, wurden verühtet. Ob Menschenleben dem Bergsturz zum Opfer gefallen sind, steht noch nicht fest.

Schmuggler mit der Rebel-Maschine.

An der Küste von Nord nach der „Kriegsdenkschau“ dieser Tage ein abenteuerlicher Kampf zwischen einem finnischen Jollboot und einer deutschen Schmugglerjacht stattgefunden. Zwischen beiden Fahrzeugen kam es zu einem regelrechten Salvenfeuer. Plötzlich setzte der Schmuggler eine Rebelmaschine in Gang und in den aller verschleuderten Rauchwolken, die auch das Jollboot zur Deckung seiner Fahrt veranlaßten, verschwand das Schmugglerboot.

Verurteilung eines tschechischen Arztes.

Einem Krankenpfleger gelang es, teils auf seine eigene Versicherung hin, er sei Student der Medizin, als Rechtsmediziner oder Poliklinikassistent an den Krankenhäusern in Wien und Wien-Karl oder auf Grund gefälschter oder gefälschter Zeugnisse als Assistenzarzt an mehreren tschechischen Anstalten wie in Luda, Wittenberg bei Raffel und Kaiserberg in der Markt Anstellung zu finden. Sonderbarerweise übte er allenthalben seine praktische Tätigkeit zur Zufriedenheit der Vorgesetzten aus, wenn eine mangelhafte theoretische Ausbildung auch hier und da auffiel. Daneben beging er aber eine ganze Reihe von Diebstählen und Betrugsdelikten. Das Wiener Schöffengericht bestrafte ihn für alle diese Verbrechen und Vergehen mit einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten und wegen Fälschung des falschen Dokortitels mit einer Woche Haft.

Die Verhaftungen beim Saarbrücker Finanzamt.

Die die „Saarbrücker Zeitung“ erzählt, werden in der Angelegenheit der verschwundenen Geschäftsbücher der Firma Simon u. Bloch noch einige weitere Angehörige des Finanzamtes verhaftet werden. Bei den gestern Verhafteten handelt es sich übrigens nicht um Beamte, sondern um Betriebsassistenten. Wie wir weiter erfahren, sollen die verschwundenen Geschäftsbücher inzwischen in dem Saarbrücker Betriebe der Firma Simon u. Bloch entdeckt worden sein.

Die Düsseldorf Schließungs- schwindler in Paris verurteilt.

Im Anschluß an den Zivilprozeß, der mit der Verurteilung der Konzerne des Kommerzienrats Max Ball zur Zahlung von fünf Millionen Mark an den Rekonstruktionsfonds endete und aus-

schließlich in der Berufung beim Oberlandesgericht Schluß wurde von den deutschen und französischen Gerichten ein Strafverfahren gegen die bei den Geschäftsverhandlungen beteiligten Personen eingeleitet. Das Verfahren beim Düsseldorf Landgericht schließt sich. In Paris wurde vor einigen Tagen, wie wir erfahren, gegen die vier Hauptbeschuldigen verhandelt. Es wurden verurteilt Kommerzienrat Ball zu fünf Jahren Gefängnis, sein Schweizer Sohn Josef Klobit und dessen Bruder Georg zu je drei Jahren Gefängnis, Graf v. Derbomont-Paris, der Major im Kaiserlichen Militärprozeß, zu 2000 Franken Geldstrafe und Bewährungsstrafe. Von den Angeklagten war nur Graf v. Derbomont zur Verhandlung erschienen.

Das Urteil im Prozeß gegen Larm.

Im Weimarer Prozeß gegen den Komplizen Heins, den Helfer Rudolf Larm, wurde gestern nachmittag das Urteil verkündet. Larm wurde wegen schweren Diebstahls in 25 Fällen, wegen Diebstahlsversuchs in vier Fällen und wegen Betrübens gegen das Brennstoffgeschäft und anderer Vergehen zu 14 Jahren Zuchthaus, Ehrenrechtsverlust von 5 Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht, außerdem zur Tragung der Kosten verurteilt. Der Richter, Arbeiter Salmann erhielt 5 Jahre 1 Monat Zuchthaus, außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt. Larm wurden mildeere Umstände in allen Fällen verurteilt.

Strafunterbrechung für Oberleutnant Schulz beantragt.

Oberleutnant Schulz, der nach der Berechnung der Staatsanwaltschaft auf Grund des letzten Amnestiegesetzes noch eine Strafbüße bis zum 19. April 1933 zu verbüßen hat, ist in das Gerichtsgefängnis nach Bochum überführt worden. Inzwischen hat sein Verteidiger Dr. A. Dr. Luetjehausen-Göttingen für die Vorbereitung des Wiederannahmeverfahrens eine Denkschrift über den zeitgeschichtlichen Hintergrund der Verurteilung in der Schwarzburg Reichswehr, die Nichtbeteiligung des Oberleutnant Schulz an ihnen und die mangelnde Rechtswidrigkeit von Gewaltmaßnahmen gegen Verdräter verfaßt, die im J. F. Lehmann-Verlag, München, erschienen ist. Jetzt ist von Dr. Luetjehausen in einer etwa 100 Seiten umfassenden Denkschrift die Begründung des Begehrens nach der Wiedereröffnung des Verfahrens eingereicht worden. Sie stützt sich auf in bezug Gruppen geschleuberte neue Tatsachen, für die etwa sechs Zeugen benannt sind. Gleichzeitig mit dieser Begründung ist der Antrag auf sofortige Unterbrechung der Strafvollstreckung und Freilassung des Oberleutnant Schulz gestellt worden.

Ein Betrug im Trabrennbahn.

Durch die Aufmerksamkeit der Obersten Trabrennbahnbehörde ist jetzt ein Betrug aufgedeckt worden, wie er größer im deutschen Rennsport bislang noch nicht ereignet hat. Auf den Hamburger Trabrennbahnen liefen seit längerer Zeit die drei Pferde „Weißes Leder“, „Goldene Liebe“ und „Dell Bats“, die jährliche Erfolge erzielten konnten. Aus verschiedenen Gründen tauchte der Verdacht auf, daß diese Pferde keine deutschen Inlandsstraber, sondern untergeschobene ausländische Trabener seien. Die Oberste Trabrennbahnbehörde jetzt feststellen konnte, ist dieser Verdacht begründet. Denn durch die Untersuchungen wurde festgestellt, daß die drei genannten Pferde identisch sind mit drei heimlich aus Ungarn eingeführten Trabern, nämlich Quack Gustor, Krom und Jmuna. Die die Bede die Pferde mit Beschlag belegen konnte, war der Besitzer mit ihnen aus Hamburg verurteilt worden. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Brandstiftung durch Strafgefangene in Amerika.

Die in dem Hospital des Staatsgefängnisses von Wonne untergebracht tuberkulösen Strafgefangenen stellten die Pausenanstalt und die Krastanlage des Hospitals in Brand. Beide Gebäude brannten bis auf den Grund.

Wieder, doch sind keine Strafgefangenen entkommen. Dies ist innerhalb der letzten Wochen der achte Fall von Brandstiftung durch Strafgefangene.

Die geschmacklose Innenausstattung des Sullisties.

Auf die geschmacklose Innenausstattung des neuen Sullisties „Real Berlin“ ist schon mehrfach nach Kritik der Kabine raumend hingewiesen worden. Auf einem von dem bekannten Münchener Künstler Ernst Krebs an Dr. Ganser gerichteten Brief hat dieser jetzt erwidert, daß er die Kritik sehr wohl versteht. Man sei in diesem so überfüllt mit technischen Dingen gewesen, daß man die Ausstattung der Kabinen einer Spezialfirma übertragen habe. In dem Schreiben Krebs heißt es: Ein Wunderwerk deutscher Technik des 20. Jahrhunderts mit nachempfundenen allen englischen Ornamenten und Blumenmustern aufzufassen, ist beschämend für uns Deutsche. Das unsere besten Ingenieure an ihrem Werk keine noch irrationelle ungeschickte Kunst stellen lassen, das ist nicht für möglich gehalten. Künstler, die ihr Kunstgewerbe aus Blühen und Blüten zusammenstellen, sind unserer heutigen Technik unwürdig.

Einer, der sein Tabakurteil wünscht.

Der dem Reichsgericht in Hammelberg hatte sich der Richter Walter Pring aus Gießen wegen erzwungenen Diebstahls zu verantworten. Pring hatte ein Abenteuerliches Leben hinter sich und wurde bei einem Einbruch in der Villa eines Hausverwalters in Hammelberg erfaßt. Pring hätte noch Zeit gehabt, auszurufen, daß es aber nicht und wurde verhaftet. Bei seiner Vernehmung erklärte er von seinen Einbrüchen in Hammelberg, Magdeburg und Augsburg, von denen niemand hier etwas wußte und zeigte sich, wie früher schon einmal, selbst an. Auf eine eingehende Schilderung seiner Missetaten wollte er sich nicht einlassen, um dem Publikum keinen „Stoß zu geben“, und verlangte strenge Bestrafung, wie er meinte, „am liebsten ein Todesurteil“, auf jeden Fall aber Zuchthaus. Das Gericht war aber nicht so hilflos, sondern verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Das hohe Anwalts-honorar.

Die große Strafammer des Landgerichts Koburg hatte sich unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Strenge mit der bisher von der Rechtsprechung noch nicht entschiedenen Frage zu beschäftigen, ob und wann die Berechnung eines Anwalts-honorars wegen seiner Höhe den Rechtsanwalt strafbar machen könne. Ein junger Rechtsanwalt hatte bei der Berechnung einer Arbeiterin in einem Schadenverfall mit seiner Mandantin vereinbart, daß er zu dem festem Grundbetrag seines Honorars einen gewissen Prozentsatz von dem erzielten Schadenverfall erhalten sollte. Der Prozeß endete mit einem Vergleich und nun stellte sich das Honorar des Anwalts wegen des beträchtlichen Grundbetrags auf etwa fünfzig Prozent der Vergleichssumme. Die Staatsanwaltschaft beschwerte den Honorarvertrag als sittenwidrig und nichtig und erbot gegen den Rechtsanwalt die Anklage wegen unerlaubter Gebührenentziehung. Das Schöffengericht hatte den Anwalt zu einer Geldstrafe von fünfzehnhundert Mark verurteilt. Vor der Strafkammer in Koburg als Berufungsinstante folgte das Gericht aber den Darlegungen der Verteidigung und sprach den angeklagten Rechtsanwalt frei. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, dem Anwalt sei das Recht der freien Gebührenvereinbarung gegeben, das nur durch die allgemeinen Rechtsgrundsätze beschränkt sei. Eine angebliche Unbilligkeit des vereinbarten Honorars mache den Vertrag nicht ohne weiteres nichtig, sondern gebe dem Klienten nur Ermäßigungsansprüche, die sivilrechtlich durchzusetzen werden müßten. Von einem strafbaren Verhalten des Anwalts könne dabei keine Rede sein, unbefürmert darum, ob der Anwalt wegen der Höhe der Vereinbarung sich eine Ermäßigung und möglicherweise eine disziplinäre Strafbüße gefallen lassen müsse. — Die interessante Rechtsfrage dürfte voraussichtlich vom Reichsgericht endgültig entschieden werden, da die Staatsanwaltschaft Revision gegen das freisprechende Urteil einlegen will.

Die telephonische Uhr.

Die Remhorster Telephon-Gesellschaft hat eine einträgliche Neuentwicklung eingeführt, die darin besteht, daß von einer bestimmten Telephonnummer aus gegen eine Gebühr von 5 Cent auf Antrag die genaue Zeit angefragt wird. Damit scheint einem dringenden Bedürfnis entsprochen zu sein. Die Einrichtung besteht erst einen Monat, hat der Gesellschaft aber schon ein nettes Einkommen eingebracht. Diese telephonische Uhr ist eine Goldgrube. Täglich rufen im Durchschnitt bei „Reichsan 1312“ — das ist die Auskunftsstelle — gegen 10000 Menschen an, die wissen wollen, wie spät es ist. Es gibt auch Tage, die einen Rekord von 20000 Anrufen bringen. Interessante Schlässe könnte man auch aus den Untersuchungen ziehen, in welcher Zeit die meisten Anrufe vorkommen. Zwischen 7 und 8 Uhr, der Stunde des Aufstehens, und um Mitternacht herum finden die meisten Anrufe statt. Büroangestellte, die ins Geschäft müssen und vergessen hatten, am Abend vorher die Uhr auszuliefern, fragen verärgert durch das Telephon: „Bitte, wie spät ist es?“ Leute, die sich selbst nicht recht trauen oder ihrem Beden nicht abhören rechtzeitig auf „Telephonreden“ zu einer bestimmten Stunde. Man wird noch das Rätselwerk des Telephons verstärken. Dann hat man den telephonischen Beder, den man niemals auszuweichen braucht. Nur am ersten des Monats hat man eine Gebühr zu zahlen, und wenn man einmal später oder früher auszuweichen wünscht, braucht man nur „Reichsan 1312“ anzurufen: „Ich möchte morgen um 7 Uhr geweckt sein.“ Oder: „Wann ist es morgen erst um 9 Uhr.“ Man kann sich darauf verlassen. Um 9 Uhr klingelt das Telephon und die Stimme des Telephonredners lautet so: „Bitte, es ist 9 Uhr“, daß man ganz aufrecht, während man sonst den Beder an die Wand werfen möchte.

Verleumdungsverträge der berühmten Leute.

Wenn man denkwürdig geworden ist, muß man doppelt auf sein Leben achten, um die Verleumdung und damit die Sorgen, Honorare und Vorbehalte in unendlicher Zahl zu vermeiden. Man kann ja auf verschiedene Arten verlehmt werden. Einer wird durch seine Verleumdung, Carlo zum Beispiel, den anderen erheben seine Leben in den Ohren der Verleumdten, ein anderer wieder hat allen Ruhm seinen Händen zu verdanken, Stanislaus zum Beispiel. Und Filmstars und Schauspieler haben ihre Verleumdung oft nur durch tabellarische Augenzeugnisse erlangt. Da heißt es denn, viele besondere Qualitäten gegen Verlust oder Beschädigung zu versichern zu lassen. Hätte nicht eine Filmgröße in Carlos Verleumdung einen Verleumdungsgesellschaft für immer bestimmten machen können? Das schätzte Carlo auch, und darum ließ er seine Verleumdung und andere Fremdbilder, Samiowa aber, die ihren Ruhm den Beten verdankt und ihn auf ihren Verleumdungen weiterträgt, hat die beiden großen Leben mit je 6000 Pfund und die kleiner mit je 3000 Pfund Sterlung verlehmt lassen. Vorerst, der als Plankist zu groß ist, wie als Volkstatter sein, hat für seine Verleumdung einen Verleumdungsgesellschaft für 10000 Pfund abgeschlossen. Eine neue Verleumdung ist nämlich die Filmstarspielern Nabel Boulton eingegangen, indem sie ihre Augen bei einer amerikanischen Verleumdungsgesellschaft für 30000 Pfund Sterlung verlehmt. Sie ist damit auch gegen das typische Augenleiden versichert, das sich so leicht im Filmberuf, bei der Arbeit im grellen Licht des Studios, einstellen kann und unter Umständen zur Erblindung oder doch zur Verminderung der Sehweite führt.



Schnell zur Expedition!
Das Zeitungsbüchlein muss erzwungen werden.
wenn Sie die Zustellung des Heften Legelatten für Oktober wünschen.
Bauspreis 2,25 RM. ohne Zustellgebühr.

Neubestellungen

auf das in allen Städten der Reichswehr von Reich und Umgegend gern gelieferte Heften Legelatten zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

- Dobbert: E. Höcker, Dobbert Nr. 67
- Glück: Franck Heft Nr. 5
- Glück: E. Kühn, Nr. 7
- Gröbe: A. Gumbold, Stroßloer Str. 17
- H. Heiserich, Albeck 4
- H. Hibel, Ochsener Str. 2
- Franck Kasse, Kitzler 19
- Gröbe: R. Beyer, Gröbe Nr. 1
- Jahnshausen-Höhen: G. Steinberg, Pank Nr. 3
- Kalch: G. Steinberg, Pank Nr. 3
- Langenberg: Otto Scherer, Hühnerstr. 1
- Rechenberg bei Riesa: Franck Heft, Rechenberg Nr. 20
- Rechenberg: E. Schumann, Pank 18
- Rechenberg: O. Thiele, Gröbe, Ochsener Str. 19
- Rechenberg: R. Beyer, Gröbe Nr. 1
- Rechenberg: G. Steinberg, Pank Nr. 3
- Rechenberg: Marie Kraus, Ochsener Str. 4
- Rechenberg: W. Schwager, Nr. 41
- Rechenberg: R. Schwager, Ochsener Str. 41
- Rechenberg bei Riesa: Franck Heft, Rechenberg Nr. 20
- Rechenberg: G. Steinberg, Pank Nr. 3
- Riesa: Wie Bestellungen für und zur Veranlassung an diese die Reichswehr-Gesellschaft Speyer, 20 (Telefon Nr. 20)
- Riesa: W. Schwager, Grund Nr. 18
- Speyer: Franck Heft, Glück Nr. 5
- Speyer: G. Steinberg, Pank Nr. 3
- Welsch (Hilf): Dr. Ring, Pank Str. 15
- Welsch (Hilf): H. W. Ring, Pank Nr. 15
- Zeitschriften: E. Gumbold, Zeitschriften 18
- Zeitschriften: Richard Kühn, Ochsener